

Warum Deutschland angesichts der globalen Auswirkungen von Trump 2.0. Sicherheit über Verteidigung hinaus stärken sollte

THINKPEACE
#1

KURZ UND KNAPP

- Die Auswirkungen der neuen Trump-Administration erschüttern die globale Sicherheitsarchitektur weit über Verteidigungspolitik hinaus. Vielmehr bedroht der Rückzug der USA aus der globalen Entwicklungs- und Demokratieförderung menschliche Sicherheit und nachhaltigen Frieden – und letztlich deutsche Sicherheitsinteressen. Deutschland und die EU sollten dem mit erheblichem politischen Willen und finanzieller Unterstützung begegnen.
- In Mechanismen zu investieren, die Ursachen von Konflikten und Instabilität angehen, ist letztlich eine Frage kluger Politik. Dies nicht zu tun, wird die Sicherheit Deutschlands und Europas wachsenden Risiken aussetzen, die zunehmend weniger beherrschbar werden und sich verstärken.
- Als großer Geber für Entwicklungshilfe sollte Deutschland eine führende Rolle übernehmen, und aktiv ein weniger anfälliges und nachhaltigeres globales System internationaler Zusammenarbeit auf Basis feministischer und Ansätze und DEI-Prinzipien mitgestalten und finanzieren.
- Deutschland sollte multilaterale Plattformen stärken und über die EU hinaus neue Allianzen mit gleichgesinnten Ländern und zivilgesellschaftlichen Organisationen eingehen, um das System der internationalen Zusammenarbeit neu aufzubauen.
- Ein EU-Sofortfinanzierungsprogramm muss eingerichtet werden, das es ermöglicht, Ressourcen schnell und flexibel an essentielle, frauengeführte Organisationen zu vergeben.
- Bei der Aushandlung künftiger Budgets und Finanzrahmen auf nationaler und EU-Ebene sollte Deutschland nicht-militärische Investitionen in Sicherheit gleichermaßen priorisieren

In den ersten drei Monaten ihrer Amtszeit hat die neue Trump-Administration die globale Friedens- und Sicherheitsarchitektur erschüttert und die internationale Ordnung der Nachkriegszeit faktisch demontiert. Die EU und die Ukraine wurden antagonisiert, das transatlantische Sicherheitsbündnis zerrüttet, multilaterale Institutionen und Abkommen geschwächt – und das alles vor dem Hintergrund eines immer aggressiver auftretenden Russlands und zunehmend autoritärer Tendenzen weltweit. Dieser Kontext erfordert zu Recht eine Neuausrichtung der deutschen Sicherheitspolitik. Während aber Berlin, Brüssel und andere europäische Hauptstädte ihre Verteidigungsfähigkeit aufstocken, wurde dem nahezu vollständigen Rückzug der USA aus Entwicklungshilfe und Demokratieförderung nicht annähernd mit derselben politischen Entschlossenheit begegnet.

Dabei wäre es entscheidend, die Tragweite der Auswirkungen der Trump-Administration auf Frieden und Sicherheit weltweit über Verteidigung hinaus zu verstehen. Die U.S.-Entscheidung vom → 20. Januar, den überwiegenden Teil ihrer Auslandshilfeprogramme zunächst einzufrieren und dann massiv zu kürzen, hat sich zu einer Krise globaler Entwicklung, der Menschenrechte und zivilgesellschaftlicher Räume weltweit entwickelt. Wenn dem nicht mit politischer Entschlossenheit und finanziellen Mitteln begegnet wird, gefährdet das nicht nur die in den letzten Jahrzehnten erzielten gesellschaftspolitischen Errungenschaften, sondern wird dies auch gewaltsame Konflikte weltweit anheizen.

SICHERHEIT NEU DENKEN NACH DEM RÜCKZUG DER USA

Um die Auswirkungen der Trump-Administration auf Frieden und Sicherheit jenseits stereotyper Einteilungen von *hard* und *soft security* zu beleuchten, orientiert sich die folgende Analyse an feministischem Denken. Das bedeutet, sie betrachtet systemische Ursachen für und strukturelle Ansätze zur Verhinderung von Konflikten und Unsicherheit. Sie hinterfragt den vorherrschenden Sicherheitsbegriff, reflektiert Machtstrukturen und Handlungsfähigkeit und beleuchtet kritisch die Verteilung von Ressourcen.

SICHERHEIT GEHT ÜBER VERTEIDIGUNG UND MILITÄR HINAUS – POLITIK SOLLTE DAS AUCH TUN.

Der fast vollständige Rückzug der USA aus der Entwicklungshilfe strapaziert Frieden und Sicherheit weltweit. Kernelemente menschlicher Sicherheit, von der Gleichstellung der Geschlechter über Gesundheit bis hin zur Klimaresilienz, laufen Gefahr, ins Hintertreffen zu geraten. Über den humanitären Sektor hinaus gehören → Menschenrechts- und Demokratiprogramme zu den am stärksten von Kürzungen betroffenen Bereichen, während die vollständige Streichung der Mittel für Maßnahmen zur Förderung von Vielfalt, Gleichheit und Inklusion (Diversity, Equity, Inclusion; DEI) die womöglich größten Auswirkungen haben wird. All dies führt dazu, dass die nichtmilitärischen Elemente von Frieden und Sicherheit – von der Demokratieförderung über die zivile Friedenskonsolidierung bis hin zur Konfliktprävention – schwerwiegend untergraben werden. Doch genau diese Elemente adressieren Ungleichheit und andere strukturelle Treiber von Konflikten und Unsicherheit. Die deutschen und europäischen Reaktionen auf das Vorgehen der USA haben sich jedoch weitgehend auf die Stärkung militärischer Fähigkeiten konzentriert und dabei vernachlässigt, wie unerlässlich nicht-militärische Komponenten für die → deutsche und europäische Sicherheit sind.

Ein genauer Blick auf die drastischen Auswirkungen der DEI-Definanzierung macht dies sehr deutlich: Die Mittelstreichungen betreffen geschlechtertransformative Arbeit, Frauenrechts- oder Inklusionsprojekte und sogar andere Querschnittsprioritäten wie Umweltgerechtigkeit. Viele Programme, die sich mit konfliktbedingter sexualisierter

Gewalt, wirtschaftlichem oder politischem Empowerment, gleichberechtigter Teilhabe oder dem Zugang zu Ressourcen befassen, werden damit eingestellt, wodurch jahrzehntelange politische und gesellschaftliche Errungenschaften gefährdet werden. Dies spielt dem weltweiten Backlash gegen die Gleichstellung der Geschlechter und sozialer Gerechtigkeit gefährlich in die Karten, die ihrerseits ↪ nachweislich Schlüsselfaktoren für Frieden, Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung sind.

Ein weiteres Beispiel für die Verknüpfung zivilgesellschaftlicher Handlungsfähigkeit und konkreter Sicherheitsinteressen sind Internetfreiheit und digitale Rechte als übergreifende Prioritäten, die digitale zivilgesellschaftliche Räume, politische und wirtschaftliche Freiheiten und Rechte ermöglichen. Auch dieser Bereich ist von Mittelkürzungen betroffen, während netzpolitische Akteur*innen bei der Bekämpfung von Fehlinformationen und Desinformation weltweit eine Vorreiterrolle spielen - ein Risiko, das der ↪ WEF Global Risks Report 2025 das zweite Jahr in Folge als eines der größten globalen Risiken bezeichnet. Dieser Trend wird noch dadurch verschärft, dass große US-Tech-Unternehmen gleichzeitig ihre Programme für Faktenchecks einstellen, und er verstärkt sich noch dadurch, dass die US-Kürzungen ↪ Programme zur Stärkung der Demokratie, auch in der EU, stark beeinträchtigen.

DIE ZIVILGESELLSCHAFT AM ABGRUND: WIE DIE GLOBALE KRISE DER ZIVILGESELLSCHAFT SICHERHEIT BEDROHT

In Ländern, die von Konflikten oder Krisen betroffen sind, ist Deutschland auf die Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft angewiesen, um Frieden zu fördern und Konflikte zu verhindern. In repressiven Kontexten spielt zivilgesellschaftliche Expertise eine entscheidende Rolle für Prävention, die Gestaltung von Politik und Programmen oder zur Herstellung internationaler Rechenschaftspflicht. Der weltweite ↪ Trend zu rückläufigen Demokratien unterstreicht die Bedeutung lebendiger zivilgesellschaftlicher Räume für die Demokratie weltweit.

Doch ↪ 72 % bis ↪ über 90 % der zivilgesellschaftlichen Organisationen weltweit sind von dem Einfrieren und Kürzungen der US-Finanzierung stark betroffen. Dies hat direkt und indirekt ↪ zu einer weiteren Einschränkung des ohnehin schon ↪ schrumpfenden zivilgesellschaftlichen Raums auf globaler Ebene geführt, und zwar aufgrund von Rückschlägen im nationalen und globalen Kontext sowie strategischer Unsicherheit und existenzieller organisatorischer Herausforderungen. ↪ Die überwältigende Mehrheit der Organisationen konnte bis dato keine neuen Finanzierungsquellen erschließen, und mussten daher Mitarbeitende entlassen oder freistellen. Die negativen Auswirkungen erstrecken sich auch auf Einzelpersonen und zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die an vorderster Front von Menschenrechts- oder Friedensinitiativen tätig sind und einem großen persönlichen Risiko ausgesetzt sind, während die Unterstützungssysteme, von psychosozialer Unterstützung bis hin zu ↪ physischen Schutzzräumen, zusammengebrochen sind.

Die Streichung von Mitteln für DEI-Programme hat ↪ strukturell ausgegrenzte Communities und Akteur*innen unverhältnismäßig stark getroffen, sowohl direkt durch versiegende Ressourcen als auch indirekt durch Zensur oder Selbstzensur. Diese Dynamik verschärft die Marginalisierung dieser Perspektiven in politischen Räumen und macht inklusive Ansätze zur Konfliktlösung noch schwieriger. Dabei sind es gerade vielfältige und inklusive Prozesse, die ↪ längerfristige und stabilere Ergebnisse hervorbringen. Oft sind es lokale und von Frauen getragene Initiativen, die zur Konfliktprävention oder -lösung in lokaler und ziviler Verantwortung beitragen. Die beschriebenen Effekte werden ihre Handlungsfähigkeit weiter einschränken. In größerem Maßstab wird dies den Trend von Machtdemonstration zur Vermittlung vermeintlicher Stabilität durch Nationalstaaten anheizen, während die Bedürfnisse der von Konflikten betroffenen Zivilbevölkerung außer Acht gelassen werden - Beispiele dafür gibt es von der Ukraine bis Palästina.

Entwicklungspolitik steht an einem entscheidenden Punkt. In der Vergangenheit dominierten die USA internationale Entwicklungshilfe und steuerten → rund 40 % weltweiter Entwicklungsausgaben bei. Dies hat zu einer systemischen Verwundbarkeit geführt, in der die internationale Ordnung nun eine Destabilisierung aufgrund sich verschiebender US-Prioritäten erlebt. Der Zeitpunkt ist auch daher besorgniserregend, da er auf aktuelle Trends und fiskalpolitische Zwänge und verteidigungsorientierte Ansätzen in Europa trifft. Viele europäische Regierungen, darunter auch → Deutschland, haben in den letzten Jahren bereits → starke Kürzungen bei der Entwicklungshilfe, der humanitären Hilfe und der Diplomatie vorgenommen. Die Ereignisse der letzten Monate haben diese Dynamik jedoch noch beschleunigt und zu einer ausgeprägten Ausrichtung auf nationale Interessen und Militärausgaben geführt. So haben die Niederlande beispielsweise → die Mittel für NRO um über 70 % gekürzt und → die Finanzierung der Gleichstellung von Frauen und Männern eingestellt ganz, wobei sie sich auf einen "Niederlande First"-Ansatz berufen. Das Vereinigte Königreich kürzte die Ausgaben für die Entwicklungshilfe um → 40 % und lenkte die Mittel ausdrücklich von der nicht-militärischen Sicherheit → zu den Verteidigungsausgaben um.

In Deutschland bezieht sich → der Koalitionsvertrag der neuen Regierung eindeutig auf den historischen Kontext und die besondere Bedrohungslage, und beschreibt das Ziel deutscher Außen- und Sicherheitspolitik als ein Leben in Frieden, Freiheit und Sicherheit. Der Vertrag aber formuliert Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit als maßgebliches Leitprinzip, um dies zu erreichen. Und während Verteidigung wie beschrieben nötiger Teil des Umgangs mit der Bedrohungssituation ist, kann und wird sie nicht alleiniger Teil der Lösung sein. Nun sind zukünftige Verteidigungsausgaben, einschließlich Cyberverteidigung, Katastrophenschutz und Unterstützung von völkerrechtswidrig angegriffenen Staaten, durch eine Grundgesetzänderung praktisch gesichert, während künftige Investitionen in Diplomatie und Entwicklung, wie z.B. die Förderung von Zivilgesellschaft und Demokratie, auf dem Prüfstand stehen. Bereits im Koalitionsvertrag wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Quote für öffentliche Entwicklungshilfe (ODA-Quote) angesichts knapper finanzieller Ressourcen in angemessenem Ausmaß zu reduzieren. Angesichts der Dringlichkeit und Volatilität der aktuellen Situation besteht die Gefahr, dass dies zu weiterer politischer Unsicherheit führt und die oben beschriebenen Herausforderungen für den globalen zivilgesellschaftlichen Raum noch verschärft.

NAVIGIEREN IM VAKUUM: PRIORITÄTEN NACH DEM RÜCKZUG DER USA AUS DER GLOBALEN ENTWICKLUNG

Die erhebliche Kürzung der US-Auslandshilfe hat eine kritische Lücke bei den nichtmilitärischen Investitionen in Frieden und Sicherheit geschaffen. Mit dem fortschreitenden Rückzug der USA steht Deutschland vor einer strategischen Entscheidung. Dennoch sollten sich selbst in Zeiten knapper Ressourcen Investitionen in Sicherheit nicht auf Zuwachs von Verteidigungsausgaben beschränken. Im Gegenteil: Investitionen in Mechanismen, die die Ursachen von Konflikten und Instabilität angehen, sind letztlich eine Frage kluger Politik. Dies nicht zu tun, wird sicherheitspolitische Interessen beeinträchtigen und Europa größeren Risiken aussetzen, die mit der Zeit unbeherrschbarer werden und sich verstärken. Auch wenn es kaum möglich sein wird, den Rückzug der USA vollständig zu kompensieren, sind sowohl unmittelbare als auch strategische Maßnahmen und Entscheidungen geboten, um die Auswirkungen aufzufangen und gleichzeitig auf systemische Veränderungen hinzuwirken.

Um auf den unmittelbaren Schaden zu reagieren, sind **Notfallprogramme** erforderlich. Bestehenden Nothilfeinstrumente sind zu klein angelegt und werden dem

Umfang beziehungsweise der Brisanz der Situation nicht gerecht. Daher sollten zusätzliche flexible, schnell einsetzbare Finanzmittel die individuellen und organisatorischen Bedürfnisse zum Schutz von Frauen und Menschenrechtsverteidigern weltweit berücksichtigen, insbesondere dort, wo die Unterstützungsstrukturen zusammenbrechen, um wichtige Organisationen, Fähigkeiten und Netzwerke zu erhalten. Besonderes Augenmerk sollte auf strukturell benachteiligte Gruppen gelegt werden, die unverhältnismäßig stark von der Streichung von DEI-Mitteln betroffen sind. Dieses Nothilfeprogramm könnte als EU-Notfallfinanzierungsinstrument strukturiert sein, aber auch Partnerschaften mit gleichgesinnten Ländern außerhalb der EU wie dem Vereinigten Königreich, Norwegen, der Schweiz und Kanada einschließen, um die Wirkung zu erhöhen und parallele Strukturen zu vermeiden. Es könnte auf bestehenden Mechanismen wie den ↪ EU-Treuhandfonds oder der Stärkung des ↪ UN Women's Peace and Humanitarian Fund aufbauen. Der ↪ französische Fonds für Feministische Diplomatie kann als Beispiel für eine gute Praxis dienen.

Gleichzeitig sollten langfristige strategische Antworten entwickelt werden, die auf strukturelle Veränderungen hinwirken - geleitet von feministischen Ansätzen und informiert durch Empfehlungen feministischen Zivilgesellschaft weltweit. Dazu gehören die folgenden fünf Empfehlungen:

①

ANERKENNEN, DASS REIN VERTEIDIGUNGSORIENTIERTE ANSÄTZE LETZTLICH SICHERHEIT UNTERGRABEN.

Deutschland sollte die Förderung von Demokratie und Menschenrechten als notwendige Investition in die Sicherheit betrachten. Konkret sollten diese als Prioritäten bei den Verhandlungen über den Finanzrahmen für die kommenden Jahre berücksichtigt werden, d.h. für einen neuen Bundeshaushalt, aber auch auf EU-Ebene und auf dem ↪ Weg zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der EU.

Dazu gehört auch ein Engagement für intersektionale Gerechtigkeit als Querschnittspriorität und Bestandteil der Bekämpfung von Ungleichheit als grundlegende Ursache für Konflikte und Unsicherheit. Dies könnte wiederum die Handlungsfähigkeit von Partner*innen auf verschiedenen Ebenen stärken, angefangen bei wichtigen lokalen und regionalen Konfliktlösungsmechanismen, gerade im Globalen Süden, zusätzlich zu den dringend benötigten Instrumenten internationalen Rechts.

②

KOLLABORATIVE ANSÄTZE FÜR EINEN BESSEREN WIEDERAUFBAU VON ENTWICKLUNGSFÖRDERUNG.

Dies beginnt mit der Stärkung globaler Zivilgesellschaft als Partner*innen und Expert*innen. Prioritäten und ein langfristiger strukturierter Ansatz als Reaktion auf diese Krise des globalen zivilgesellschaftlichen Raums sollten partnerschaftlich mit der globalen Zivilgesellschaft entwickelt werden. Darüber hinaus wäre Deutschland gut beraten, multilaterale Plattformen aufrechtzuerhalten, bestehende zu stärken und neue Allianzen mit gleichgesinnten Ländern wie Spanien, Frankreich, Kolumbien, Chile oder Südafrika zu bilden, um Mechanismen für die multilaterale Zusammenarbeit in der globalen Finanzierungs Krise aufrechtzuerhalten. Dies kann die Finanzierung spezifischer Konferenzen einschließen, wie z. B. der Vierten Internationalen Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Sevilla im Juni 2025. Es könnte auch eine Gelegenheit sein, die Feminist Foreign Policy Plus-Gruppe (FFP+) wiederzubeleben - oder sich zumindest nicht von ihr zurückzuziehen -, die vor allem auf UN-Ebene als Plattform für Länder mit feministisch inspirierter Politik arbeitet. Ergänzend zu multilateralen Räumen könnte die Erkundung von Allianzen jenseits nationaler Kontexte eine weitere Option sein. Partnerschaften mit Akteur*innen auf städtischer und subnationaler Ebene könnten unerwartete Synergien, regionale Plattformen und neue Allianzen schaffen.

FINANZIERUNGSSTRUKTUREN, DIE AUF FEMINISTISCHEN ERKENNTNISSEN UND PRINZIPIEN BERUHEN.

Eine deutsche Antwort sollte auf Intersektionalität basieren und Investitionen in Vielfalt, Gleichberechtigung und Inklusion fokussieren. Geschlechtergleichstellung, Vielfalt und Inklusion sind nach wie vor die wichtigsten Einflussfaktoren für nachhaltigen Frieden und Entwicklung. Investitionen in diese Prioritäten sind ebenso eine menschenrechtliche Verpflichtung wie sie strategisch klug und ressourceneffizient sind. Mit den Leitlinien für feministische Außenpolitik und der Strategie für feministische Entwicklungspolitik haben das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die Notwendigkeit anerkannt, Finanzierungsinstrumente aus feministischen Perspektiven zu entwickeln, einschließlich Gender-Budgeting-Zielen für geschlechterbewusste und geschlechtertransformative Haushaltsplanung. Die kommende Regierung sollte auf kritischen Erkenntnissen und neu entwickelten Praktiken aufbauen – die trotz sich verändernder politischer Positionierung der Regierungsparteien Gültigkeit behalten.

AUF ZUSAGEN AUFBAUEN UND VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN.

Deutschland war bis dato der zweitgrößte Geber für Entwicklungshilfe und könnte angesichts der Kürzungen in den USA bald weltweit die Spitze übernehmen. Dies bringt die Verantwortung mit sich, frühere Zusagen einzuhalten. In dieser kritischen Phase ist es entscheidend, die politische Unsicherheit oder die Erosion von Ressourcen und Regierungspartnern nicht zu verschärfen. Jede Reduzierung von oder größere Umstrukturierung humanitärer oder Stabilisierungsprogramme zwischen dem BMZ und dem Auswärtigen Amt würde voraussichtlich dazu führen, dass sich der Schwerpunkt auf die Bewältigung innenpolitischer administrativer Herausforderungen verlagert, anstatt sich um internationale Bedürfnisse zu kümmern. Jetzt ist nicht der richtige Zeitpunkt für eine nach innen gerichtete Programmatik der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Ebenso würde eine Kürzung der deutschen ODA-Quote letztlich deutschen und europäischen Sicherheitsinteressen schaden.

KRITISCHES HINTERFRAGEN GLOBALER ASYMMETRIEN.

Während diese Empfehlungen einen Ausgangspunkt für den Erhalt globaler zivilgesellschaftlicher Räume als wesentliches Element für Frieden und Sicherheit darstellen, sollten diese Schritte durch kritisches Hinterfragen der Asymmetrien innerhalb der globalen Ordnung begleitet werden. Feministische Fonds, insbesondere solche, die im Globalen Süden angesiedelt oder dort tätig sind, rufen dazu auf, diesen destruktiven Moment als Chance zu nutzen, um Strukturen anders wieder aufzubauen - jenseits eines postkolonialen Hilffsystems, das Abhängigkeiten und Vulnerabilitäten verstärkt. Deutschland könnte einen solchen Prozess unterstützen, indem es Ressourcen für Konferenzen bereitstellt, die die Konzeptualisierung und den Aufbau von zivilgesellschaftlichen Allianzen erleichtern. Auf bi- und multilateraler Ebene könnte intersektionale Gerechtigkeit die Entwicklung verschiedener Beziehungen zu Ländern des Globalen Südens leiten, was wiederum auch die strategischen Interessen Deutschlands und Europas wahren könnte.